



Marburg, 16.08.2018

Eingang: 16.08.2018

TOP: 11

Abgeordneter Frank Lerche, PIRATEN  
SPD-Fraktion  
CDU-Fraktion

Lfd.Nr. 255/2018 KT

## Antrag zur Kreistagsitzung am 07.09.2018

**Antrag des Abgeordneten Frank Lerche (Piratenpartei Deutschland – PIRATEN), und der Fraktionen von SPD und CDU betr.**

**Vermehrter Einsatz von Open-Source-Software im Landkreis zur Forcierung von eGovernment/Open Government auf Basis einer Digitalisierungsstrategie des Landkreises**

### Beschluss:

#### 1. **Softwarestrategie**

Durch die sich stetig ausweitende Digitalisierung kommt der Softwarearchitektur und damit der Auswahl und Beschaffung von Software für die Arbeit der Landkreisverwaltung eine immer größere Bedeutung zu. Ein Adhoc-Verzicht auf kommerzielle, proprietäre Software ist derzeit nicht möglich. Der Kreis entwickelt daher zunächst über eine zu bildende Projektgruppe gemeinsam mit den Kommunen eine Softwarestrategie, die die Möglichkeiten und Chancen unterschiedlicher Softwareentwicklungswege nutzt. Softwarebeschaffung und -entwicklung erfolgen auf Basis einer Digitalisierungsstrategie des Landkreises. Die Erstellung der Digitalisierungsstrategie soll 2019 abgeschlossen sein.

#### 2. **Umstellung auf Open-Source-Software**

Der Einsatz von Open-Source-Software soll auch im Landkreis eine größere Rolle spielen. Dies ist notwendig, um die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von einzelnen Herstellern und Lizenzmodellen zu vermeiden. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, möglichst viele Verfahren bei wesentlichen Änderungen oder der Neuvergabe auf Open-Source-Software umzustellen. Dazu sind die entsprechenden Ausschreibungsbedingungen laufend zu prüfen und ggf. zu überarbeiten.

#### 3. **Schaffung einheitlicher Plattformen und Schnittstellen zur Realisierung eines bundeseinheitlichen e-Governments bzw. Open Governments**

Mit dem Einsatz von Open Source Software kann über einheitliche Plattformen und Schnittstellen sichergestellt werden, dass Daten ortsübergreifend, systemübergreifend und sicher genutzt werden können.

Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss daher sich beim hessischen Landkreistag dafür einzusetzen, Open-Source-Lösungen stärker in den Fokus kommunaler Softwareentwicklung und -beschaffung zu rücken.

#### 4. Haushaltsmittel

Digitalisierung und auch der Einsatz von Open Source ist nicht kostenlos. Umstellung, Schulung, Entwicklung und Pflege von Software und Plattformen verursachen nicht unerhebliche Kosten. Dies gilt für den investiven, insbesondere aber auch den personellen Bereich. In den kommenden Haushaltsjahren sind daher entsprechende Haushaltsmittel zur Umsetzung einer Digitalisierungs- und Softwarestrategie und der Umstellung auf Open-Source-Software bereitzustellen.

#### Begründung:

Das E-Government-Gesetz im Bund und die noch folgenden Gesetze auf Landesebene sind verbunden mit dem politischen Auftrag, Ineffizienzen und redundante Projekte zu vermeiden. Schon heute setzt die Kreisverwaltung offene Softwarelösungen u.a. im Bereich von Datenbanken, Webservern und dem GIS ein. Notwendig sind weitergehende Standardisierungen, um mehr Interoperabilität u.a. auf den verschiedenen Verwaltungsebenen zu erreichen.

Die Kommunen stehen bundesweit vor größeren Umstrukturierungsaufgaben in der IT. Genau jetzt ist für den Landkreis also ein sinnvoller Zeitpunkt, um die kommunale Softwareausstattung zu überdenken. Open Source ermöglicht eine erheblich verbesserte sicherheitstechnische Transparenz und eine umfangreiche Funktionsausweitung bei gleichzeitiger Vereinheitlichung. Offene Schnittstellen, Standards und Software erhöhen die Verbrauchersouveränität und ermöglichen innovative Anwendungen, die allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang ermöglichen, ohne hierfür proprietäre Software einsetzen zu müssen.

Wesentliche Zielgrößen im Rahmen der Softwarebeschaffung bei gegebener Funktionalität sollen dabei Sicherheit, Wirtschaftlichkeit, Usability, Interoperabilität und Zukunftssicherheit bleiben. Die Umgewöhnung und die Akzeptanz neuer Software durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollte von Beginn an durch geeignete Maßnahmen gefördert werden. Dazu gehören beispielsweise frühzeitige Anwenderschulungen, aber auch die Kommunikation des Sinns und Zwecks einer Umstellung.

Der Landkreis verfolgt den verstärkten Einsatz von Open-Source-Software, um Abhängigkeiten der öffentlichen Verwaltung von einzelnen Softwareanbietern zu reduzieren. Eine mit der Digitalisierung einhergehende Herausforderung ist die enorme und wachsende Marktmacht weniger, z.T. marktbeherrschender Konzerne. Auch Politik und Verwaltung sind von dieser Entwicklung und ihren Folgen betroffen und müssen digital souveräner und unabhängiger zu werden. Im Bereich der Open-Source-Software kann man leichter den Anbieter der Dienstleistung wechseln. Anbieter können auch Softwarehäuser vor Ort sein, die maßgeschneiderte Angebote vorlegen können. In diesem Fall wird auch die regionale Wirtschaft gestärkt.

Jenseits dieser grundsätzlichen Hinwendung zum verstärkten Open Source Einsatz muss im einzelnen Projekt die konkrete fachliche Anforderung sowie die Wirtschaftlichkeit einer Lösung eine zentrale Rolle spielen und die jeweils dafür geeignete Softwarelösung selektiert werden. **Da nicht für alle Anwendungsbereiche und Fachgebiete der Verwaltung offene Software zur Verfügung steht, empfiehlt sich eine langfristige, diversifizierte Softwarestrategie unter wachsender Einbeziehung von Open-Source Lösungen.**

Wir wollen einen Landkreis, der sich aktiv den großen Chancen der Digitalisierung stellt, für die Bürgerinnen und Bürger sichere, effektive und transparente Zugänge schafft und Software auch für andere Behörden, aber auch die Bürgerinnen und Bürger nutz- und überprüfbar macht. Für die Verwirklichung dieser Ziele ist der verstärkte Einsatz von Open Source essentiell.

gez.:

**Frank Lerche**  
Piratenpartei Deutschland  
– PIRATEN

**Werner Hesse**  
SPD-Fraktion

**Werner Waßmuth**  
CDU-Fraktion